

## Vorlage Stadtparlament

Datum	1. April 2025
Beschluss Nr.	313
Aktenplan	329.16 Beratungsstellen

### Beratungsstelle für Familien; wiederkehrende Ausgabe mit Umlagerung der Beiträge

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Dienstleistungen «Beratungsleistung», «Alimentenwesen» und «Begleitete Besuchstage (BBT) und Kindesübergaben», erbracht durch die Beratungsstelle für Familien, wird ab dem Jahr 2025 ein wiederkehrender Beitrag von CHF 500'000 (Kostendach) bereitgestellt.

---

#### 1 Ausgangslage

Die Beratungsstelle für Familien (früher: Beratungsstelle und Sozialdienst für Frauen und Familien, nachfolgend: Beratungsstelle) ist eine gemeinnützige soziale Organisation mit vereinsrechtlicher Trägerschaft und Sitz in St.Gallen. Der Verein Beratungsstelle für Familien besteht seit 1909 und ist seit-her als Non-Profit-Organisation konfessionell und politisch unabhängig tätig. Das Angebot der Beratungsstelle richtet sich an Familien, Paare und Einzelpersonen aus der Stadt St.Gallen, unabhängig von Geschlecht und sozialer, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit.

Die Beratungsstelle informiert, berät und unterstützt Menschen in schwierigen Lebenssituationen sowie bei Fragen in rechtlicher und sozialer Hinsicht. Sie bietet soziale Beratung, Sachhilfen, Besuchsm-  
mediation, Einzel-, Familien- und (binationale) Paarberatung (Bereich Beziehungskonflikte) sowie Be-  
ratung und Mediation bei Trennungs- und Scheidungssituationen an. Zudem betreibt die  
Beratungsstelle seit 1962 im Auftrag der Stadt St.Gallen eine unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle.

Im Rahmen der gesetzlichen Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder<sup>1</sup> wurde die Bera-  
tungsstelle von der Stadt St.Gallen im Jahre 1979 beauftragt, Inkassohilfe für Unterhaltsbeiträge für  
Personen ohne Anspruch auf Alimentenbevorschussung zu leisten sowie die Anmeldung für Alimen-  
tenbevorschussung für Anspruchsberechtigte zu veranlassen, welche keine finanzielle Sozialhilfe be-  
ziehen. Die Beratungsstelle übernahm damit eine Aufgabe der Stadt St.Gallen.

Seit dem Jahr 2005 führt die Beratungsstelle im Auftrag der Stadt St.Gallen zudem «Begleitete Be-  
suchstage (BBT) und Kindesübergaben» für Familien beziehungsweise Kinder getrennter oder ge-  
schiedener Eltern mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen durch.

---

<sup>1</sup> Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 28. Juni 1979 (sGS 911.51; GIVU).

## 2 Beitragsleistungen der Stadt St.Gallen an die Beratungsstelle

Heute leistet die Stadt St.Gallen der Beratungsstelle, gestützt auf die Stadtparlamentsvorlage vom 3. November 2020<sup>2</sup>, Betriebsbeiträge zur Erfüllung der von der Stadt St.Gallen übertragenen Aufgaben. Der Wortlaut des Antrags an das Stadtparlament lautete wie folgt:

1. *«Das Subventionierungssystem für die Beratungsleistungen der Beratungsstelle für Familien basiert ab dem Jahre 2021 einerseits auf der Anzahl Einwohnende der Stadt St.Gallen und andererseits auf den effektiv geleisteten Beratungsstunden. Für die Subventionierung dieses Bereiches ist mit jährlichen Kosten in der Höhe von maximal CHF 223'000 zu rechnen.*
2. *Für das Alimentenwesen wird ab dem Jahre 2021 eine Pauschale in der Höhe von CHF 211'000 ausbezahlt.*
3. *Für das sogenannte «Sockelangebot Begleitete Besuchstage und Begleitete Übergaben» wird ab dem Jahre 2021 der Subventionsbeitrag gegenüber dem Durchschnitt der Subventionen der letzten drei Jahre um CHF 70'000 erhöht und somit neu ein Subventionsbeitrag in der Höhe von CHF 103'000 bereitgestellt.»*

Für jede Leistung wurde damit ein fixer (Maximal-)Beitrag festgelegt, wobei sich die vom Stadtparlament genehmigten Mittel für die Finanzierung der drei Leistungskategorien gesamthaft auf jährlich CHF 537'000 belaufen.

In den zurückliegenden Jahren hat sich gezeigt, dass die zur Kostendeckung erforderlichen Beiträge für die Beratungsleistungen sowie für die BBT und Kindesübergaben nicht mehr den damals zugrunde gelegten Kalkulationsannahmen entsprechen. Während die Durchführung von BBT und Kindesübergaben mit den vorgesehenen Mitteln nicht kostendeckend geleistet werden konnten, wurde das Kostendach beim Beratungsangebot bei Weitem nicht ausgeschöpft. Dabei lag der gesamte Finanzbedarf zur Kostendeckung in den letzten drei Jahren immer unter der Summe von CHF 537'000, die sich aus der Addition der drei Beiträge ergibt. Aktuell kann aufgrund der Analyse der ausbezahlten Beiträge im Vergleich zum Budget sowie der Annahme in der Entwicklung der Beratungsleistungen sogar eine Kürzung von CHF 37'000 realisiert werden.

Aufgrund der im Kreditrecht herrschenden Zweckbindung ist es nicht möglich, die ursprünglich bislang explizit für bestimmte Dienstleistungen gesprochenen Kredite umzuwidmen. Stattdessen ist auf dem Weg der vorliegenden Kreditvorlage ein wiederkehrender Beitrag über den Gesamtbetrag von (neu) CHF 500'000 vorzusehen. Dabei ist die Formulierung bezüglich zu entgeltender Dienstleistungen bewusst offener gewählt (bzw. nicht spezifiziert). Einerseits gibt dies dem Stadtrat einen Spielraum, künftig flexibler auf die Ausgestaltung und Finanzierung des Dienstleistungsangebots reagieren zu können – selbstverständlich unter Einhaltung des Kostendachs. Andererseits verschafft es der Institution selbst mehr Flexibilität, damit sie die zur Verfügung stehenden Mittel zielgerichteter einsetzen kann. Werden beispielsweise mehr BBT benötigt, kann die Beratungsstelle für Familien diese durchführen, sofern der Gesamtbetrag dabei nicht überschritten wird.

---

<sup>2</sup> [Vorlage Nr. 4791 vom 3. November 2020, vom Stadtparlament unverändert beschlossen am 24. November 2020.](#)

### 3 Dienstleistung «Beratungsleistungen»

#### 3.1 Beratungsbereich (inkl. Rechtsauskunft und weiterführende Dienstleistungen)

Das Beratungsangebot der Beratungsstelle richtet sich an Erwachsene sowie Familien und beinhaltet folgende Angebote:

- Einzel-, Paar- und Familienbegleitung;
- Trennungs- und Scheidungsberatung;
- Beratung für binationale Paare und Familien;
- Elterliche Unterhaltspflicht;
- Erinnerungskontakte;
- Budgetberatung und Sachhilfe;
- Unentgeltliche Rechtsauskunft.

Nachfolgend die Kurzbeschreibung der einzelnen Angebote und Dienstleistungen:

**Einzel-, Paar- und Familienberatung** - Im Rahmen der Paar- und Familienberatung unterstützt und berät die Beratungsstelle Einzelpersonen, Paare und Familien professionell bei der Lösung von Konflikten in Partnerschaft oder Familie.

**Trennungs- und Scheidungsberatung** - Bei Trennung oder Scheidung informiert die Beratungsstelle die Klientschaft über die Rechtslage und das Verfahren und unterstützt sie vor, während und/oder nach der Trennung oder Scheidung. Es werden keine anwaltschaftlichen Vertretungen wahrgenommen.

**Beratung für binationale Paare und Familien** - Die Beratungsstelle informiert und berät binationale Paare individuell und kundenorientiert über folgende Themenbereiche: Heirat, Aufenthaltsbewilligung, Niederlassung, Einbürgerung, Ein- und Ausreise, Visum, Aus- und Rückwanderung, Asylfragen, Sozialversicherung, Kindererziehung etc.

**Elterliche Unterhaltspflicht** - In der Beratung «Elterliche Unterhaltspflicht» werden unverheiratete oder gerichtlich getrennte Eltern sowie junge mündige Erwachsene bei der Ausarbeitung von einvernehmlichen Regelungen in allen Belangen der elterlichen Sorge und Obhut (Betreuungs- und Unterhaltsvereinbarungen) unterstützt.

**Erinnerungskontakte** - Bei den Erinnerungskontakten tritt das Kind mit dem getrenntlebenden Eltern teil zwei bis viermal pro Jahr in Kontakt. Im Rahmen von Erinnerungskontakten berichten das Kind und der besuchsberechtigte Elternteil einer Fachperson über die wichtigsten Ereignisse der letzten Monate.

**Budgetberatung / Sachhilfe** - Bei finanziellen Notlagen erstellt die Beratungsstelle mit der Klientin bzw. dem Klienten ein persönliches Budget und unterstützt sie bzw. ihn nach Möglichkeit bei der Erschliessung zusätzlicher Finanzquellen. Ebenfalls bietet die Beratungsstelle Hilfe beim Beantragen von Sozialversicherungsleistungen und bei der Erschliessung punktueller Finanzquellen wie Stipendien und Fonds.

**Rechtsauskunft** - Eine unentgeltliche Rechtsauskunft von 15 Minuten Dauer vermittelt einen rechtlichen Überblick und verweist die ratsuchende Person in einem zweiten Schritt an weitere geeignete Amtsstellen, Behörden, soziale Institutionen usw.

**Triage / Vermittlung** - Falls die Beratungsstelle für das Anliegen der ratsuchenden Person nicht zuständig ist, hilft sie ihr, die geeignete Ansprechstelle zu finden.

### **3.2 Rechtliche Grundlage**

Gemäss dem vom Kanton St.Gallen empfohlenen Grundangebot der Sozialberatung nach Sozialhilfegesetz<sup>3</sup> liegt die Zuständigkeit für die Allgemeine Sozialberatung<sup>4</sup>, die Beratung zur Existenzsicherung<sup>5</sup> sowie die Beratung bei Partnerschafts- und Familienfragen<sup>6</sup> bei den Gemeinden. In diesen Bereichen wurden an die Beratungsstelle durch Leitungsvereinbarung gesetzliche Aufträge der Stadt St.Gallen delegiert.

## **4 Dienstleistung «Alimentenwesen»**

### **4.1 Leistungen der Beratungsstelle im Bereich Alimentenwesen**

Im Rahmen der gesetzlichen Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen beauftragte der Stadtrat im Jahr 1979 die Beratungsstelle mit der Erbringung von Inkassohilfe für Unterhaltsbeiträge zu Gunsten von Personen ohne Anspruch auf Alimentenbevorschussung sowie mit der Anmeldung von Anspruchsberechtigten auf Alimentenbevorschussung, soweit diese keine finanzielle Sozialhilfe beziehen. Dieser gesamte Aufgabenbereich wurde mit Vereinbarung zwischen den Sozialen Diensten der Stadt St.Gallen (SDS) und der Beratungsstelle (BEFA) zweckmässig aufgeteilt:

---

<sup>3</sup> Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998 (sGS 381.1; abgekürzt: SHG).

<sup>4</sup> Kanton St.Gallen, Departement des Innern, «Grundangebot der Sozialberatung im Kanton St.Gallen»: Lebensbewältigung und soziale Integration: «Allgemeine Sozialberatung» - Praktische Hilfe und Unterstützung zur Bewältigung des Alltags (Finanzen, Administration, Umgang mit Ämtern usw.), Juli 2017, S. 7.

<sup>5</sup> Kanton St.Gallen, Departement des Innern, «Grundangebot der Sozialberatung im Kanton St.Gallen»: Existenzsicherung und berufliche Integration: «Budget- und Schuldenberatung» - Budgetberatung, Juli 2017, S. 7.

<sup>6</sup> Kanton St.Gallen, Departement des Innern, «Grundangebot der Sozialberatung im Kanton St.Gallen»: Familien, Erziehung und Bildung, «Beratung bei Partnerschafts- und Familienfragen»: «Unterstützung von Paaren in Beziehungsfragen», Beratung, bei Trennung und Scheidung, Vermittlung von Stellen, die Mediation anbieten, sowie Beratung von Paaren in Krisen- und Konfliktsituationen, Juli 2017, S. 18.

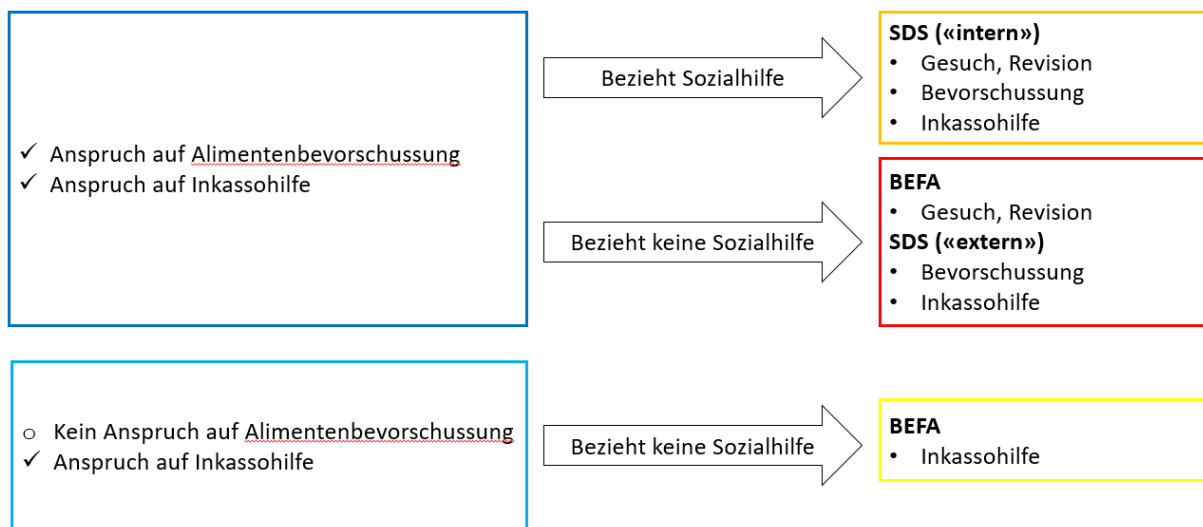


Abbildung 1: Schema Aufgabenteilung Alimentenwesen zwischen der BEFA und den SDS

#### 4.2 Rechtliche Grundlage

Das Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge<sup>7</sup> und die dazugehörige Vollzugsverordnung<sup>8</sup> regeln, inwieweit die politische Gemeinde ihre Einwohnerinnen und Einwohner im Bereich der Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen zu unterstützen hat. Aufgrund dessen leistet die politische Gemeinde Inkassohilfe zur Vollstreckung des Unterhaltsanspruchs der Kinder und der aus Scheidungs-, Trennungs- oder Auflösungsurteil berechtigten Person. Die politische Gemeinde kann das Inkasso einer öffentlichen oder privaten Beratungsstelle übertragen (Art. 1 Abs. 3 GIVU). Das Kind hat unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Vorschüsse der politischen Gemeinde. Diese kann die Durchführung der Bevorschussung einer öffentlichen oder privaten sozialen Beratungsstelle übertragen (Art. 5 Abs. 2 GIVU).

### 5 Dienstleistung «Begleitete Besuchstage (BBT) und Kindesübergaben»

#### 5.1 Ausgestaltung des Angebots

Die Beratungsstelle führt im Auftrag der Stadt St.Gallen unter von Beiständinnen bzw. Beiständen und/oder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) definierten Rahmenbedingungen Begleitete Besuchstage (BBT) sowie Kindesübergaben durch. Die Angebote der BBT und der Kindesübergaben richten sich an Familien, bei denen nach einer Trennung oder Scheidung ungelöste Besuchskonflikte bestehen und die betroffenen Kinder in der Stadt St.Gallen wohnhaft sind. Ziel ist, zwischen dem Kind und dem besuchsberechtigten Elternteil eine tragfähige Beziehung aufrechtzuerhalten oder herzustellen. Im Zentrum stehen das Wohl und das Interesse des Kindes. Die Teilnahme ist für alle Kinder ohne Vorgabe eines Mindestalters möglich.

<sup>7</sup> Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 28. Juni 1979 (sGS 911.51, abgekürzt: GIVU).

<sup>8</sup> Vollzugsverordnung zum Gesetz über Inkassohilfe und Vorschüsse für Unterhaltsbeiträge vom 15. Oktober 1979 (sGS 911.511, abgekürzt: VV GIVU).

## 5.2 Rechtliche Grundlage

Die von der Schweiz ratifizierte UNO-Kinderrechtskonvention<sup>9</sup> umschreibt in Art. 9 das Recht eines Kindes, welches von einem oder beiden Elternteilen getrennt ist, auf regelmässige persönliche Beziehungen und Kontakte zu beiden Elternteilen. Dabei steht das Kindeswohl im Vordergrund. Das Schweizerische Zivilgesetzbuch<sup>10</sup> statuiert das gegenseitige Recht von Eltern und unmündigen Kindern, Kontakte untereinander auch dann zu pflegen, wenn einem Elternteil weder die elterliche Sorge noch die Obhut über die Kinder zusteht.

Die KESB sowie Gerichte können das Recht auf angemessenen persönlichen Verkehr mit unmündigen Kindern einschränken, wenn das Kindeswohl dies verlangt. Dann wird oftmals auf die Möglichkeit der Besuchsbegleitung zurückgegriffen. In diesen oft schwierigen Fällen muss die Besuchsbegleitung von qualifiziertem Fachpersonal übernommen werden. Dies wird durch die BBT sowie die Kindesübergaben sichergestellt.

## 6 Finanzbedarf

Leistungsart	Budget	2022		2023		2024	
	gemäss. LV	ausbezahlt	Differenz zum Budget	ausbezahlt	Differenz zum Budget	ausbezahlt	Differenz zum Budget
Beratung	CHF 223'000	CHF 91'740	-131'260	CHF 77'200	-145'800	CHF 97'925	-125'075
Alimentenwesen	211'000	211'000	0	211'000	0	211'000	0
BBT	103'000	103'000	0	151'000	48'000	153'000	50'000
Gesamt	<b>537'000</b>	<b>405'740</b>	-131'260	<b>439'200</b>	-97'800	<b>461'925</b>	-75'075

Tabelle 1: Entwicklung des Finanzbedarfes für die Erbringung der drei Dienstleistungen der Beratungsstelle zwischen 2022 und 2024.

In den letzten drei Jahren wurden das Gesamtbudget von CHF 537'000 jeweils nicht vollständig abgerufen.

Das Kostendach im Bereich Beratung, welches mit der Stadtparlamentsvorlage vom 3. November 2020 auf CHF 223'000 fixiert wurde, wurde jeweils deutlich unterschritten. Es sind weniger Beratungsfälle angefallen als ursprünglich budgetiert. Zudem hatte die Beratungsstelle für Familien in den Jahren 2022/2023 erhebliche personelle Veränderungen zu bewältigen und war daher nicht optimal aufgestellt, um der Nachfrage vollständig gerecht zu werden. Aus denselben betrieblichen Gründen hat die Beratungsstelle in den Jahren 2023 und 2024 keine Vorpraktikumsstelle angeboten und den entsprechenden Beitrag von CHF 10'000 nicht abgerufen.

Im Gegenzug reichte das Budget von CHF 103'000 im Bereich BBT und Kindesübergaben in den Jahren 2023 und 2024 auf Grund des höheren betrieblichen Aufwandes nicht aus. Um den Fehlbetrag bei

<sup>9</sup> [Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989, Art. 9 \(SR 0.107\).](#)

<sup>10</sup> [Art. 273 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 \(SR 210\).](#)

den BBT und Kindesübergaben auszugleichen, hat der Stadtrat für das Geschäftsjahr 2023 einen Nachtragskredit über CHF 48'000 gesprochen, für 2024 hat er einen zusätzlichen Beitrag zur Kostendeckung der BBT über CHF 46'000 gewährt.

## **7 Hintergrund und Nutzen der beantragten Anpassung**

In der Parlamentsvorlage vom 3. November 2020 wurde für jeden der drei Leistungsbereiche ein fixer Beitrag beantragt. Obwohl die Gesamtsumme der Beiträge für die Finanzierung aller bestellten Leistungen ausreichen würde, musste aufgrund der Zweckbindung im Kreditrecht beim Stadtrat ein Nachtragskredit bzw. ein Zusatzbeitrag für die BBT und die Kindesübergaben eingeholt werden. Da der jährliche finanzielle Rahmen von CHF 537'000 in den Jahre 2022 bis 2024 nie vollständig ausgeschöpft wurde, wird eine Herabsetzung des Kostendachs um CHF 37'000 vorgenommen. Mit einem Gesamtbetrag von CHF 500'000 sollte die sich im Trend abzeichnende Entwicklung der Nachfrage im Beratungsbereich in den nächsten drei Jahren abgedeckt sein<sup>11</sup>, und auch die Vorpraktikumsstelle könnte weiterhin finanziert werden.

Für die Zukunft soll sichergestellt sein, dass mit dem wiederkehrenden Beitrag in der Höhe von CHF 500'000 (Kostendach) die Finanzierung aller von der Stadt St.Gallen übertragenen Aufgaben an die Beratungsstelle abgedeckt sind, namentlich die «Beratungsleistungen», das «Alimentenwesen» und die «Begleiteten Besuchstage (BBT) und Kindesübergaben».

Die dem Stadtparlament beantragte Anpassung ist aufgrund der Reduktion des administrativen Aufwandes für alle involvierten Parteien und der gewonnenen Flexibilität, mit der auf nachfrageseitige und betriebliche Entwicklungen im Zeitverlauf reagiert werden kann, verwaltungsökonomisch sinnvoll und gerechtfertigt, zumal sie mit einer Reduktion des gesamten Beitragsvolumens um jährlich CHF 37'000 einhergeht.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

---

<sup>11</sup> Im Beratungsbereich wird von einer jährlichen Zunahme von 15 % ausgegangen, was innerhalb von drei Jahren zu einem Mehraufwand von CHF 35'000 im Vergleich zu 2024 führt.